



Die Einbettung makroregionaler Strategien in die EU-Politik nach 2020

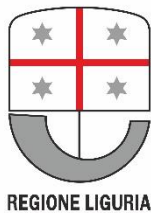
Positionspapier



LAND  KÄRNTEN



REGIONE DEL VENETO



PROVINCIA AUTONOMA DI TRENTO



AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL



PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE

ZENTRALE BOTSCHAFTEN

- Makroregionale Strategien (MRS) sind politisch etablierte Strukturen und zeigen einen klaren Mehrwert, indem sie die Ziele und Vorhaben der EU für Bürger vor Ort sichtbarer und verständlicher machen. Dadurch können sie auch praktische Antworten zur aktuellen Debatte über die Zukunft der EU beitragen.
- Allerdings sind die MRS aufgrund unzureichender Abstimmung mit den bestehenden Finanzierungsinstrumenten in Bezug auf politische Prioritäten, Mitteleinsatz sowie Organisation und Verwaltung derzeit nicht in der Lage, ihr volles Potenzial auszuschöpfen.
- Eine bessere Einbettung der MRS in die EU-Politik nach 2020 würde dazu beitragen, die Wirkungen von MRS als politische Strukturen zu verbessern. Unter anderem sollten operationelle Programme dazu angehalten werden, makroregionale Projekte besser zu unterstützen.

EINLEITUNG

Gemeinsame territoriale Herausforderungen erfordern es, europäische Maßnahmen auf einer adäquaten Ebene anzusiedeln. MRS sind zu einem integralen Bestandteil des europäischen Politikrahmens geworden. Sie helfen dabei, einige wichtige Maßnahmen anzugehen und Betroffene in mehrschichtigen Steuerungsstrukturen und in gemeinsamen Entwicklungsprozessen zusammenzubringen. In der Praxis tragen sie dazu bei, eine Antwort auf die aktuellen politischen Entwicklungen zu formulieren, indem sie die Ziele der EU für die Menschen sichtbarer und verständlicher sowie nutzbarer für politische Akteure, Betroffene und Bürger machen.

Seit 2009 entstanden 4 MRS, die 19 EU- und 8 Drittstaaten und 270 Millionen Bürger verbinden. Alle MRS wurden in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Staaten und Regionen entwickelt, basieren auf offiziellen Mitteilungen der Europäischen Kommission¹ und sind durch Beschlüsse des Europäischen Rates bestätigt. Jüngst hob das Europäische Parlament den Mehrwert von MRS hervor und rief nach größeren Synergien, um die Koordination und Komplementarität zwischen den ESIF sowie anderen für die Säulen der Strategie relevanten Fonds und Instrumenten zu fördern.²

¹ COM(2015) 366

² 2015/2324(INI)

DIE AKTUELLE SITUATION

Aufgrund der politischen Bestätigung der Bedeutung der MRS finden sich bereits im aktuellen Rechtsrahmen Hinweise auf MRS, insbesondere in Verordnung Nr. 1303/2013 über Gemeinsame Bestimmungen. Artikel 27 schreibt vor, dass ESIF-Programme den Beitrag der geplanten Interventionen zu den MRS im Einklang mit den für das Programmgebiet ermittelten Bedürfnissen darlegen sollen, wie in Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt.

Im Gegensatz zu ihrer hohen politischen Relevanz sind MRS allerdings immer noch schwache Instrumente, die eine Schlüsselrolle bei der politischen Koordinierung spielen sollen. Gleichzeitig können sie ihr Potenzial nicht voll entwickeln, weil nicht genügend Programme und Ressourcen zur Finanzierung erfolgversprechender MRS-Projekte vorhanden sind. Die Einbettung der MRS in die EU-Politik und in die gleichwertigen Rechtsrahmen der Drittstaaten und, als Folge daraus, in die damit zusammenhängenden Finanzierungsprogramme ist aus verschiedenen Gründen nicht vollständig genutzt:

- Manche MRS wurden zu einer Zeit in Kraft gesetzt, als die Vorbereitungen für EU-Programme bereits sehr weit fortgeschritten waren.
- Verweise auf MRS und auf die Beiträge zu deren Umsetzung unterscheiden sich stark in den verschiedenen Programmen. Die Bandbreite reicht dabei von ex post-Kennzeichnung bis hin zu strategischer Koordination. Darüber hinaus besitzen die verschiedenen Finanzierungsinstrumente jeweils gesonderte Wirkungsmethodiken, Zeitrahmen, thematische Schwerpunkte, Entscheidungsprozeduren, technische Unterstützungsstrukturen, etc.
- Die Möglichkeiten, Unterstützung für die MRS-Steuerungsstrukturen zu mobilisieren, sind eher beschränkt und nicht nachhaltig.

DIE ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Um das Potenzial von MRS bestmöglich zu nutzen, ihr volles Potenzial als politisches Rahmenwerk auszuloten, und damit letztlich auch die allgemeinen Erwartungen in

höchstmöglichem Maße zu erfüllen, bedarf es eines starken Einsatzes für eine bessere Einbettung von MRS in die EU-Politik nach 2020.

Das übergeordnete Ziel ist es, stärkere Synergien zu ermöglichen zwischen MRS, multilateralen Regionalabkommen und von der Europäischen Kommission direkt verwalteten EU-Programmen, z.B. Horizon 2020, Erasmus+, Creative Europe, COSME, LIFE, CEF und der EU Fonds für Strategische Investitionen.

Wir fordern spezifische Synchronisation statt neuer Politikinitiativen und ein besser koordinierter Einsatz bestehender Finanzierungsmittel auf allen Ebenen, der speziell auf die Unterstützung von MRS zugeschnitten ist. Dies würde MRS in die Lage versetzen, bei der aktuell auf europäischer Ebene diskutierten künftigen Weiterentwicklung der EU eine führende Rolle einzunehmen. MRS sind praktische Beispiele dafür, wie Regionen, die zusammen an gemeinsamen Herausforderungen arbeiten und gemeinsame Interessen verfolgen wollen, im Verbund eine gemeinsame europäische Perspektive effizienter verfolgen können. Sie sind damit eine perfekte Antwort auf die aktuellen politischen Entwicklungen in Europa und können einen substantiellen Beitrag zur Debatte über die EU der 27 im Jahr 2025 leisten, die kürzlich von der Europäischen Kommission mit ihrem Weißbuch über die Zukunft Europas lanciert wurde.

Konkret werden folgende Verbesserungen vorgeschlagen:

Stärkere Würdigung von MRS in Rechtsdokumenten

- MRS sollten in den Verfahren zur Erarbeitung zukünftiger Rechtsakte und Programme berücksichtigt werden.
- Die politische Relevanz der Ziele der MRS muss unterstrichen werden und eine klarere Definition im EU-Regelwerk sowie in den gleichwertigen Instrumenten von Drittstaaten ist vonnöten. Es sollte betont werden, dass die MRS ein integraler Bestandteil der jeweiligen Strategien auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sind und dass sich dies im zukünftigen politischen Rahmenwerk widerspiegeln muss. Dies kann geeignete Programme unter gemeinsamer Verantwortung von EU und Mitgliedstaaten betreffen, aber auch Programme und Finanzierungsinstrumente unter zentralisierter EU-Verwaltung sowie Programme, die von Drittstaaten koordiniert werden.

Verbesserung des institutionellen Rahmenwerks zur Umsetzung von MRS

- Der Erfolg der MRS steht und fällt mit den Möglichkeiten für erfolgsversprechende Projekte, von Finanzierungsmöglichkeiten, einschließlich solchen aus EU-Programmen, profitieren zu können. Dies verlangt nach einer strategischen Kohärenz mit EU- und nationalen Programmen und als Ergebnis daraus zu einer stärkeren Angleichung der jeweiligen Ziele und Interventionsprioritäten.
- Vorkehrungen für Kooperationsmöglichkeiten zwischen operationellen Programmen sollten an geeigneter Stelle verbessert werden.
- Entsprechend ihrer hohen politischen Bedeutung benötigen MRS eine angemessene Stellung und Koordination innerhalb der Europäischen Kommission.

Gezielterer Einsatz bestehender Finanzierungsmöglichkeiten zur Umsetzung von Zielen der MRS

- Wo zweckmäßig, sollten operationelle Programme ermutigt werden, makroregionale Ziele und Projekte besser zu unterstützen, beispielsweise durch Verbesserung des Informationsaustausches, eine verstärkte Koordination der betroffenen Akteure und eine Angleichung von Prioritäten, Projektauswahl und spezifisch adressierten Aufrufen zur Projekteinreichung ("Calls").
- Möglichkeiten zur Unterstützung von MRS-Steuerungsstrukturen sollten in flexibler und nachhaltiger Weise verfügbar gemacht werden.
- Aufgrund ihrer geographischen Kohärenz mit MRS und ihrer grenzüberschreitenden Zielsetzung sollten INTERREG Programme, und ganz besonders transnationale Programme, eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung von MRS-Projekten spielen. Sie sollten die Strategien daher auf angemessene Weise unterstützen und an sie angeglichen werden.

Brüssel, 6. April 2017

Freistaat Bayern, Vorsitz 2017 der EU-Alpenstrategie (EUSALP)

Land Baden-Württemberg, Vorsitz 2015 der EU-Donaustrategie (EUSDR)

Land Tirol, Vorsitz 2018 der EU-Alpenstrategie (EUSALP)

Regione Lombardia

Regione Piemonte

Regione Autonoma Friuli Venezia Giulia

Regione del Veneto

Provincia Autonoma Bolzano-Alto Adige / Autonome Provinz Bozen-Südtirol

Regione Autonoma Valle d'Aosta / Région Autonome Vallée d'Aoste

Provincia Autonoma di Trento

Regione Liguria

Land Niederösterreich

Land Kärnten

Région Auvergne Rhône-Alpes